

so hoch sein wie in der Bundesrepublik? Es gibt dafür an und für sich keinen ökonomischen Grund.

(Beifall bei der SPD)

(Von Ryssel, Die Liberalen: Nichts dagegen einzuwenden.)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Danke schön. Frau Ministerin hat gebeten, zu diesem Komplex eine Erklärung abgeben zu dürfen.

Frau Reider, Minister für Handel und Tourismus:

Zu dieser Problematik, ob dann nun bei uns alle Einzelhändler am Hungertuch nagen müßten: Wir hatten bisher eine Handels-spanne im WtB-Sortiment zwischen 9 und 12 %. Bei diesen Importwaren liegt die Spanne zwischen 20 und 30 %. Ziehe ich diese 11 % ab, verringert sich für unsere Händler im Moment nichts. Außerdem gilt es bloß bis zum Ende des Jahres. Es ist eine Sperre, und wir wollen damit erreichen, daß wir uns nicht nur als Händler anderer Produkte hergeben. Es würde dadurch auch kein echt gesunder Wettbewerb entstehen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Danke schön. Wir fahren in der Aussprache fort mit dem Herrn Abgeordneten Schulz von der Fraktion Bündnis 90/Grüne. Bitte.

Schulz für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß ehrlich zugeben, ich bin jetzt sichtlich verwirrt

(Heiterkeit und Beifall, vor allem bei der PDS)

über die Diskussion zu dieser Anordnung. Und, Herr Minister Pohl und Frau Minister Reider, ich denke, daß man in dieser Frage auch nicht mit einer Anordnung des Ministerrates verfahren kann. Das, was Sie hier tun, hat natürlich Gesetzescharakter. Wir stoßen immer wieder an die gleiche Stelle, daß Sie in einer dirigistischen Art und Weise in das eingreifen, was Sie in Artikel 1 des Staatsvertrages feierlich beschwören: die soziale Marktwirtschaft mit freier Preisbildung und Leistungswettbewerb. Dann können Sie nicht immer wieder mit marktverzerrenden Mechanismen kommen.

(Vereinzelt Beifall)

Und das Ganze verkaufen Sie dann unter Artikel 14 als Struktur-anpassung. Also, ich bin wirklich überrascht. Wenn das die erste Maßnahme der Struktur-anpassung sein sollte, die greift, wäre ich wirklich verblüfft. Also ich denke, Struktur-anpassung macht man mit Investitionszulagen. Das ist die erste Maßnahme, Herr Pohl, die ich von Ihnen wirklich gehört habe in der Richtung. Ich glaube, dieses Instrumentarium, das Sie hier aufbieten, ist untauglich.

Nun weiß ich bloß nicht genau, wen Sie überhaupt schützen wollen. Wollen Sie jetzt die DDR-Waren schützen? Angeblich ist das ja so ausgewiesen. Oder wollen Sie jetzt den Einzelhandel noch kaputt machen, der einzige, der vielleicht jetzt noch als erstes leistungsfähig wäre durch den Staatsvertrag? Wenn die positive Auswirkung des Staatsvertrages zum Tragen kommt, dann ist das erst einmal der verlängerte Ladentisch der Bundesrepublik. Und da sollten Sie vielleicht mal heute in der „Berliner Zeitung“ die Grundsätze von Herrn Necker zu Ihrer generösen Anordnung lesen, was er davon hält, und ich denke, er hat wesentlich mehr Vorstellungen von sozialer Marktwirtschaft, als Sie beide hier zusammen aufbringen.

(Heiterkeit und Unruhe)

Ja, das würde ich schon denken.

Ich meine, so kann man eben diesen Schnitt, den die DDR-Wirtschaft jetzt zu überstehen hat, nicht lösen. Das ist das Problem. Es ist die Leistungsfähigkeit, die Konkurrenzfähigkeit der DDR-Wirtschaft, die jetzt natürlich wirklich in die Schwierigkeiten kommt. Und das können Sie mit dieser Anordnung überhaupt nicht überbrücken. Was Sie auslösen, ist ein Konsumtourismus, höchstwahrscheinlich, oder wenn es sich nicht auf den Endverbraucherpreis auswirkt, dann wird der Einzelhandel an dieser Stelle bluten. Also einer von beiden wird irgendwo in die Brüche gehen, oder es ist ein Placebo, den Sie anbieten. Also ich weiß wirklich nicht. Wir sollten vielleicht hier eine Sachdiskussion führen, was Sie damit überhaupt erreichen wollen.

(Vereinzelt Beifall, vor allem bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Gottschall:

Danke. Als nächste rufe ich auf Frau Abgeordnete Noack von der Fraktion CDU/DA.

Frau Noack für die Fraktion CDU/DA:

Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte mich erst einmal bei der Fraktion der Liberalen bedanken, daß wir heute doch noch einmal vor dem Parlament zu diesen ominösen 11 Prozent Stellung nehmen können. In der Aktuellen Handlungsstunde hatten bereits meine Kollegen aus d CDU/DA-Fraktion unsere Vorstellungen dazu dargelegt, die sich darauf bezogen, über Steuerpräferenzen andere Möglichkeiten des Schutzes unserer Industrie, unserer Landwirtschaft zu finden. Da das drei Wochen her ist, hatten wir gehofft, daß es vielleicht doch noch eine andere Regelung als diese 11 Prozent gibt.

Diese 11 Prozent bedeuten, auch wenn sie nicht generell auf die Produkte aufgeschlagen werden - Sie alle haben sicher gestern oder vorgestern die Liste aus der Zeitung entnommen -, daß es zu Problemen im Handel kommt, das heißt, daß die Waren vielleicht nicht unbedingt ganz 11 Prozent, aber dennoch teurer werden. Teurere Waren heißt zumindest für die Gebiete, die rings um Berlin liegen, die an die Bundesrepublik angrenzen, einen Tourismus, der vielleicht Ausmaße erreicht, die dem 9. November in gar keinem Falle nachstehen.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch Quatsch!)

Für mich als Händler heißt das, daß mit der Warenverteuerung der Umsatz in den eigenen Geschäften geringer wird. Mit geringerem Umsatz steht für mich aber auch die Frage der Arbeitsplätze.

Ich denke, daß wir bei alledem auch eine soziale Komponente einführen sollten, daß nämlich wirklich nur die Leute dann wie der bevorteilt werden - und wir alle hatten uns auf die Fahnen geschrieben, Berlin nicht wieder zu bevorteilen -, die in Berlin wohnen, die zwei S-Bahn- oder U-Bahn-Stationen weiterfahren, dann die Produkte dort erwerben, und die anderen bleiben auf der Strecke.

Das sind die sozial Schwachen, das sind die Rentner, das sind für meine Begriffe auch die Behinderten. Denn, meine Damen und Herren, denen würde ich doch wieder verweigern, modische Sachen anzuziehen.

Und ich gehe mit Ihnen mit, unsere Industrie hat es in den letzten Monaten nicht geschafft, sich den Bedingungen anzupassen, auch modische Sachen anzubieten.

Ich bin mit dem Leiter des HO Centrum-Warenhauses Berlin am Hauptbahnhof unterwegs gewesen und habe mir angehört, was unsere Industrie als Verträge für das kommende Halbjahr bieten kann. Und da war mein Erstaunen ganz toll, denn es waren 10 bis maximal 30 %, die sie uns an modischen Waren bieten konnten.

Und das ist für mich das Problem, das daraus entsteht, daß wir wieder einen Teil unserer Bevölkerung benachteiligen. Und,